



03.10.2007

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/13/0,3672,7101325,00.html>

Ein Mausklick bis Brüssel

Europaparlamentarier im Internet fragen

von *Christian Schultz*, dpa

Aufgebläht, bürgerfern und machtlos - das denken viele der fast 500 Millionen EU-Bürger über das Europaparlament. Entsprechend gering ist die Beteiligung bei Europawahlen, 2004 waren es in

Deutschland 43 Prozent. Viele kennen die 785 Abgeordneten in Brüssel und Straßburg sowie deren Entscheidungen nicht. Damit das besser wird, können die 99 deutschen Abgeordneten nun im Internet befragt werden.



abgeordnetenwatch.de

"Es wissen nur die wenigsten, was dort geschieht", sagt Carsten Berg vom Verein "Mehr Demokratie" in Brüssel. Damit das besser wird, können die 99 deutschen Abgeordneten nun auf der Webseite abgeordnetenwatch.de befragt werden.

"Parlament nicht auf dem Schirm"

"Da gibt es ein Parlament, das man gar nicht auf dem Schirm hat", sagt Gregor Hackmack (27), einer der Gründer von [abgeordnetenwatch](http://abgeordnetenwatch.de). Vieles, was dort beschlossen werde, sei den Menschen zu abstrakt.

Diese Erfahrung hat auch Berg gemacht, der sich seit mehreren Jahren für mehr Transparenz in der Politik einsetzt: "Es gibt bei Vielen ein mulmiges Gefühl, wenn sie an das europäische Parlament denken." Nicht umsonst sei die Akzeptanz der EU nach wie vor verbesserungsfähig.

Umstrittene Union

Nach der neuesten Eurobarometer-Umfrage hat nur etwa die Hälfte der Deutschen ein positives Bild von der Union, gerade einmal 58 Prozent vertrauen dem Europaparlament.

Damit liegt das Plenum zwar vor der EU-Kommission (49 Prozent) und dem Europäischen Rat (46 Prozent), aber hinter der Europäischen Zentralbank (EZB). Sie genießt immerhin das Vertrauen von etwa zwei Dritteln der Deutschen.

Digitales Zwiegespräch

Berg war es, der vor einigen Monaten die Idee zum digitalen Zwiegespräch mit den Parlamentariern hatte. Abgeordnetenwatch hatte sich zu dem Zeitpunkt in Deutschland schon etabliert. Gestartet wurde das Projekt im Dezember 2004 in Hamburg, als erstmals Politiker des Landesparlaments (Bürgerschaft) online befragt werden konnten.

Ende 2006 wurde es auf die Volksvertreter im Bundestag ausgedehnt. Etwa 8000 Fragen wurden seitdem gestellt, mehr als 6000 davon beantwortet.

Fragen über Fragen

Anfang September folgte der Sprung auf die europäische Ebene. Und dort gibt es laut Hackmack nichts Vergleichbares. Über die Eingabe der eigenen Postleitzahl können Nutzer ihren auf fünf Jahre gewählten Vertreter suchen, sich über die Person und sein Abstimmungsverhalten informieren und vor allem nachhaken.

Mehr als 50 Fragen kamen schon zusammen, rund 20 Antworten sind nachzulesen. Dabei geht es etwa um die Rechte des Europaparlaments, europäische Gesetze zur Bodennutzung oder ein Demonstrationsverbot in Brüssel.

Darlehen wartet auf Rückzahlung

Die Internetseite ist ein gemeinsames Projekt der Vereine "Mehr Demokratie" und "Mehr Bürgerrechte". Rund 15 000 Euro kostet es pro Monat, den Abgeordneten in Hamburg, Berlin, Brüssel und Straßburg auf die Finger zu schauen. Vorfinanziert wurde das mit Hilfe eines Darlehens, in fünf Jahren muss das Geld zurückgezahlt werden.

Bis dahin sollen genügend Förderer gefunden worden sein. Weiteres Geld soll von den Politikern selbst kommen. Sie können künftig ab einem Betrag von 50 Euro ihren Profilen Zusatzinformationen hinzufügen. Hackmack ist zuversichtlich, dass das gelingt. Besonders die europäischen Abgeordneten hätten geradezu auf ein solches Portal gewartet, um mit Bürgern in Kontakt zu treten.

Moderatoren im Einsatz

Acht Moderatoren in Hamburg achten darauf, dass keine Massenmails verschickt oder Politiker beleidigt werden. Das findet der sozialdemokratische Abgeordnete und ehemalige Parlamentspräsident Klaus Hänsch besonders gut.

Generell biete das Portal die Chance für einen "zusätzlichen Meinungsaustausch". Ein Ersatz für herkömmliche Kommunikation sei es aber nicht, allenfalls Ergänzung.

Eine besondere Bürgersprechstunde

Markus Ferber von der CSU sieht das ähnlich: "Es ist ein Instrument unter vielen". Es biete neue Möglichkeiten, könne das Kernproblem des Parlaments aber nicht lösen. "Die Arbeit ist für Bürger schwer nachzuvollziehen", sagt er. Das liege daran, dass Entscheidungen oftmals nicht direkt spürbar seien.

Wichtig ist abgeordnetenwatch nach Meinung des FDP-Parlamentariers Alexander Graf Lambsdorff dennoch, gerade "in Zeiten, in denen sich viele von der Politik abwenden". Trotz aller technischen Modernität hält er es für eine geradezu altmodische Sache: "Ein bisschen wie eine Bürgersprechstunde des 21. Jahrhunderts."